

**Freie
Demokraten**

im **FDP**
Beirat Walle

Antrag

für die Beiratssitzung am 26.10.2017

Entwicklung der Kleingärten nicht ohne Beirat

Der Beirat Walle möge beschließen:

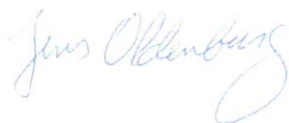
Der Beirat Walle fordert vom Senator für Umwelt, Bau und Verkehr im Rahmen der Aufstellung des Kleingartenentwicklungsplanes umfänglich beteiligt zu werden.

Begründung:

Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr stellt zurzeit einen Kleingartenentwicklungsplan auf, bisher ist der Beirat Walle an diesem Prozess leider nicht beteiligt. *

Sowohl der baupolitische Sprecher der SPD-Bürgerschaftsfraktion als auch die Geschäftsführerin des Landesverbandes der Gartenfreunde Bremen e.V. haben sich öffentlich für eine Bebauung von bisherigen Kleingartengebieten im Bremer Westen ausgesprochen. In der Vergangenheit wurde im Einvernehmen die Konzeption für das Naherholungsgebiet Bremer Westen erarbeitet, diese Planung läuft den vorgenannten Positionen zu wider.

Um die Interessen der Waller Bürgerinnen und Bürger sowie der örtlichen Kleingartenvereine vertreten zu können, muss der Beirat in die Entwicklung des Kleingartenentwicklungsplanes umfänglich beteiligt werden.



Jens Oldenburg

Beiratsmitglied

*) Der Beirat bittet um einen Sachverständigenbericht.

Jens Oldenburg
Elsflether Str. 14, 28219 Bremen
oldenburg@fdp-bremen.de , Mobil: 0151 50489447

Die Arbeitsweise von Beirat und Ortsamt.

Der Stadtteilbeirat Walle möge beschließen:

Der Stadtteilbeirat Walle setzt sich dafür ein, dass als Leitlinie die relevanten gesetzlichen und ordnungsrechtlichen Vorschriften im Zusammenhang mit der Beiratsarbeit eingehalten werden. Der Umgang mit abweichenden Meinungen soll auf sachlicher und respektvoller Ebene erfolgen. Auskünfte, die der Klärung der Sachverhalte dienen, sollen einer Dialogverweigerung vorgezogen werden. Kosten- und zeitintensive gerichtliche Auseinandersetzungen sollen möglichst, bei unvereinbaren Gegensätzen mit Hilfe einer Mediation durch geeignete außenstehende Personen, vermieden werden.

Begründung:

Eigentlich eine Selbstverständlichkeit, welche ich fordere, sollte man meinen. Die Realität sieht aber betrüblich aus, was das Demokratieverständnis so mancher Akteure rund um den Waller Beirat betrifft.

Der erste Serie antidemokratischer Vorfälle aus einem ganzen Katalog von Vergehen gegen die Gesetze und Verordnungen war das Geheimhalten der Namen der Bürgerantragsteller(innen). Dies wurde wenige Wochen nach Aufnahme meiner Arbeit in Walle „aus Datenschutzgründen“ eingeführt, offensichtlich um den gesetzlich vorgesehenen Kontakt meiner Person mit den Bürger(innen) zu unterbinden. Immerhin hat das Gericht dieses antidemokratische Verhalten beendet. Dabei war es nicht so, dass ich sofort Klage eingereicht habe. Ich versuchte ein Jahr lang durch Gespräche und Argumentation die Gegenseite zu einem Einlenken zu bewegen. Wenn jetzt verbreitet wird, dass durch meine Klage die Daten der Bürger nicht mehr geschützt sind, und diese es sich überlegen sollen, ob sie überhaupt noch Anträge stellen, kann ich dazu nur sagen, dass ich nur die langjährige Praxis wiederhaben wollte, so wie sie vor meinem Eintritt in den Beirat üblich war, und in anderen Beiratsgebieten nicht angezweifelt wurde.

Ein weiterer Punkt antidemokratischen Verhaltens ist der Ausschluss meiner Person aus dem Beirat, wie im Protokoll der Beiratssitzung vom 26. April 2017 beschrieben. Hintergrund ist eine weitere Klage von mir bezüglich eines weiteren Falles aus dem erwähnten Katalog der Rechtsverstöße. Statt mit mir sachlich darüber zu sprechen, nach Lösungen zu suchen und das Vermittlungsangebot des Herrn Dr. Korol anzunehmen, zeigte sich die Gegenseite stur und uneinsichtig. Dem Gericht gegenüber erklärt der Beiratssprecher, dass ein Abstimmungsbedarf mit **allen** Beiratsmitgliedern bestünde (siehe Anlage), lehnt meine Teilnahme an den Gesprächen aber in rechtswidriger Weise ab. Dabei ist die Gegenseite doch in der Mehrheit. Wovor hat man also Angst? Vor meinen Argumenten? Dass ich das Gesetz zitiere?

Um mit dem Aufzählen der Fälle diesen Antrag nicht zu überladen, nur noch eine Merkwürdigkeit, die sich erst am Freitag den 02. Juni 2017 anlässlich der Koordinierungssitzung manifestiert hat:

Da die Linkspartei mir in der vorherigen Koordinierungssitzung unterstellt hat, dass ich „rechtspopulistisches Gedankengut“ in meinen Mails verbreite, wollte ich das Protokoll zum Nachlesen haben. Auf Mailanfrage reagierten weder Ortsamtsleitung noch Beiratssprecher. Auf mündliche Nachfrage am 02. Juni auf der Koordinierungssitzung (Sprecherausschuss) hieß es dann unisono von Ortsamtsleitung und Beiratssprecher, dass es noch nie Protokolle der Koordinierungsrunde gegeben hätte. „ich sei nun zwei Jahre dabei, man wundere sich,

dass ich das noch nicht begriffen habe". - Das müssen ausgerechnet diejenigen sagen, die mehr als zehnmals so lange dabei sind, es zugelassen haben, dass eine Fachausschusssitzung wiederholt werden muss, weil die Beschlussfähigkeit nicht vorlag. Die Rechtswidrigkeit wurde von keinem der Anwesenden beklagt. Nur mir als Neuling kam das komisch vor, so dass ich nach der Sitzung im Gesetz nachgelesen habe.

Komisch kam mir auch vor, dass es über die Koordinierungsrunden keine Protokolle geben soll. Also habe ich, statt vorher möglicherweise „unqualifiziert zu meckern“ nach der Sitzung nachgelesen: Und siehe da, schon wieder ein möglicher Gesetzesverstoß! Denn § 10 Absatz eins unserer Geschäftsordnung schreibt vor, dass über jede Sitzung ein Protokoll angefertigt werden muss. Dass mir das so spät aufgefallen ist, liegt daran, dass erst mit dem Vorwurf der Linkspartei gegen mich der Bedarf an einem Protokoll bestand. Sicherheitshalber habe ich bei Kollegen anderer Beiratsgebiete nachgefragt. Mir wurde bestätigt, dass anderenorts sehr wohl Protokolle der Sprecherausschüsse / Koordinierungsrunden gefertigt werden. Man hat sich sehr erstaunt gezeigt, dass es in Walle keine Protokolle gibt. Der Kollege aus der Neustadt hat mir berichtet, dass die Protokolle sehr ausführlich sind. Immerhin werden hier die Beiratssitzungen vorbereitet. Bei der Gelegenheit wurde mir eröffnet, dass es in der Neustadt etwa fünf schriftliche Bürgeranträge pro Monat gibt. In Walle seit dem Gerichtsurteil, wo das Schwärzen untersagt wird, keine mehr? Da liest sich das Schreiben (siehe Anlage) der Ortsamtsleiterin vom 31. Mai 2017 wie ein modernes Märchen. Wer es glaubt... denn dass „alle Fragen geklärt seien“, ist schlicht und ergreifend nicht wahr.

Genug der Schilderung der Einzelfälle. Wer sich ein volles Bild über die Zustände rund um den Waller Beirat und die Unregelmäßigkeiten machen möchte, dem empfehle ich die Dokumentation des ehrenwerten Dr. Martin Korol. Was der Mann mit der mittlerweile 80 MB umfassenden Dokumentation geleistet hat, ist eine Wohltat für die Förderung von Transparenz und Demokratie. Dafür, und auch für die Bereitschaft moderierend tätig zu werden, an dieser Stelle meinen aufrichtigen Dank.

Bremen, den 04. Juni 2017

Zwei Anlagen

G. Höns

Gerald Höns (AfD-Büro Bremen-Walle, Grenzstraße 110 / www.afd-walle.de)

Verfassungsfeindliche Bestrebungen.

09. Juli 2017

Der Stadtteilbeirat Walle möge beschließen:

Der Stadtteilbeirat Walle lehnt es ab, Gruppen zu unterstützen, welche direkt oder indirekt (z.B. durch Spenden an verfassungsfeindliche Organisationen oder Personen) verfassungsfeindliche Bestrebungen entfalten. Die Missbilligung verfassungsfeindlicher Bestrebungen ist gleichermaßen für rechts- UND linksextreme Fälle anzuwenden.

Begründung:

Wäre ich am 08. Feb. 2017 mit allen Aspekten rund um das „Zuckerwerk“ vertraut, so hätte ich mich nicht enthalten, sondern gegen die Unterstützung des „Zuckerwerkes“ gestimmt. Hielt ich die jungen Leute damals im Wesentlichen für Menschen, welche nur feiern wollen, und als Mittel zum Zweck politisch opportunes Verhalten zeigen, wozu offenbar auch der Kampf gegen die AfD zählt.

Mittlerweile kommen Tatsachen ans Licht, welche keiner demokratischen Partei gefallen dürften. Die offen gezeigte Affinität zu Krawall-Gruppen (Antifa und Autonome) ist eine Sache (Siehe Anhang Zucker 09 bis 12).

Dass aber offen für die „Rote Hilfe“ geworben wird, und Spenden für diese verfassungsfeindliche Organisation gesammelt werden, geht eindeutig zu weit. Wie groß wäre das Geschrei der „demokratischen Parteien“ würde ich eine Benefizveranstaltung für die „identitäre Bewegung“ bewerben?

Das, was ich schon bei nur oberflächlicher Suche über die „Rote Hilfe“ im Netz gefunden habe ist offensichtlich hochkriminell! (siehe Anlage Links und Hinweise).

Dem geneigten Leser steht es frei, sich weitere Informationen über die vom „Zuckerwerk“ unterstützte „Rote Hilfe“ zu besorgen. Ein Parteikollege aus der AfD hat das „Zuckerwerk“ nach seinen Angaben bei Taten beobachtet, für welche jeder normale Bürger mindestens einen Bußgeldbescheid bekommen hätte. (siehe Anlage Zuckerwerk und Naturschutz)

Aber allem Anschein nach hat das „Zuckerwerk“ ein Abkommen mit der rot-grünen Politik (siehe Anlage Zucker 07). Über die Gegenleistung der „Zuckerwerker“ kann man nur spekulieren. Soll vielleicht der AfD auf „kreative Weise“ das Leben schwer gemacht werden?

Ich denke, dass sich mit dieser Angelegenheit auch Herr Tassis als Bürgerschafts-abgeordneter befassen sollte, da es ganz Bremen betrifft.

G. Höns

BeschwerdeCentrum

Lieber meckern, statt alles schlucken!

Für eine bürgerfreundliche und transparente Politik in Bremen-Walle.



BeschwerdeCentrum · Postfach 15 02 22 · 28092 Bremen
Ortsamt West

Leiterin Ortsamt West, Frau Pala

Waller Heerstr. 99, 28219 Bremen

Unser Zeichen

Ihr Zeichen

Gerald Höns

AfD-Büro Walle

Grenzstraße 110

28217 Bremen

Tel. 0421-396149-0

Fax. 0421-396149-11

www.AfD-Walle.de

Bremen, 29. 09. 2015

Antrag an den Beirat Bremen-Walle

Seiten-Nummerierung der Projekt-Akten

Der Beirat Walle möge am 06. Okt. 2015 beschließen:

Die Seiten der Projekt-Akten des Ortesamtes sollen grundsätzlich bei Erstellung / Neuzugang von Blättern umgehend fortlaufend nummeriert werden.

Begründung:

Als ich heute im Ortsamt Walle Einsicht in die Akte zum Vorgang Elisabethstraße nahm, fiel mir auf, dass die sonst übliche Nummerierung der Blätter nicht vorhanden war.

Die Nummerierung ist ungemein hilfreich, um Passagen wiederzufinden, oder am Telefon klarzustellen, wo in der Akte man gerade ist.

Außerdem hilft die Nummerierung Missverständnisse zu vermeiden, und kann Hinweise auf fehlende Seiten geben.

In Behörden, besonders bei der Staatsanwaltschaft, ist die fortlaufende Nummerierung der Seiten gängige Praxis.

Ich kann mir keinen Grund vorstellen, warum das Ortsamt von dieser sinnvollen Herangehensweise abweicht.

Mit freundlichem Gruß,

G. Höns



Fraktion im Beirat Walle

Nutzung des Kaisenhaus- Museums zur Unterbringung von Flüchtlingen

Der Stadtteilbeirat Walle möge beschließen:

Der Stadtteilbeirat Walle setzt sich dafür ein, das Kaisenhaus- Museum zur Unterbringung von Flüchtlingen zur Verfügung zu stellen.

Begründung:

Auch wenn die Unterbringung einer Flüchtlingsfamilie bei dem Flüchtlingsaufkommen keine wesentliche Entlastung bringt, so haben Gesten und Zeichen gerade jetzt besonders große Symbolwirkung. Das mit öffentlichen Mitteln finanzierte Haus im Behrensweg 5A, welches zumindest in den Wintermonaten ungenutzt ist, könnte eine Familie beherbergen. Da der Staat sogar Geld für die Unterbringung eines jeden Flüchtlings zahlt, käme bis zur Beendigung der Unterbringung einiges an Geld zusammen, was bei Leerstand nicht der Fall ist. Der Unterzeichner würde sich auch beteiligen, indem bei Bedarf kostenlos ein Platz in einem Bunker zur Lagerung des Inventars zur Verfügung gestellt wird.

Damit es gerecht zugeht, sollte der Platz an eine Flüchtlingsfamilie öffentlich und im Beisein der Presse verlost werden. Auf diese Weise dürfte auch der Bekanntheitsgrad des Kaisenhaus- Museums gesteigert werden.

Dass Flüchtlinge in der Not außergewöhnliche Herbergen beziehen, ist nicht neu:

<http://www.abendblatt.de/region/schleswig-holstein/article205800687/Fluechtlinge-sind-in-Ploen-nun-Schlossherren.html>

<http://www.general-anzeiger-bonn.de/fluechtlinge/Alfterer-Schloss-wird-Notunterkunft-article1746543.html>

<http://www.ndr.de/nachrichten/schleswig-holstein/Fluechtlinge-beziehen-Schloss-Salzau,fluechtlinge3772.html>

Über die Verwirklichung und Einzelheiten dieses Vorschlages (Zwischenlagerung der Ausstellungsstücke, zweckdienliche Möblierung etc.) kann gesprochen werden, wenn die grundsätzliche Bereitschaft zur Nutzung als Flüchtlingsunterkunft besteht.

G. Höns

Gerald Höns (AfD-Büro Bremen-Walle, Grenzstraße 110 / www.afd-walle.de)



Fraktion im Beirat Walle

Ton- und Bildaufzeichnungen der Beirats- und Fachausschusssitzungen.

Der Stadtteilbeirat Walle möge beschließen:

Offene Ton- und Bildaufzeichnungen sind während der Sitzungen grundsätzlich zulässig*.

Begründung:

Zum Zwecke der Transparenz und Beweissicherung ist es sehr hilfreich, dass Ton- und Bildaufnahmen gefertigt werden dürfen.

In diesem Zusammenhang weise ich darauf hin, dass diese Selbstverständlichkeit in anderen Beiräten üblich ist. Die Sitzungen des Beirats Vahr werden z.B. aufgezeichnet und bei U-Tube eingestellt.

In der Geschäftsordnung des Beirates Blumenthal ist unter § 10 .Abs. 10 folgendes zu lesen:

„Zur besseren Erstellung der Protokolle ist der Mitschnitt der Sitzung auf Tonträger nach Information der Beiratsmitglieder möglich. Die Tondateien stehen den Beiratsmitgliedern zum Abhören zur Verfügung. Sie werden zwei Jahre lang aufbewahrt.“

Aus Lesum habe ich erfahren, dass dort ebenfalls Tonaufzeichnungen erfolgen.

Ich würde sogar noch weitergehen, und diese als MP3 an die Beiratsmitglieder als Email-Anhang verschicken.

Bemerkenswert ist, dass es anlässlich der Fachausschusssitzung Bildung am 21. März. 2017 keinerlei Beanstandung über die vielen Bild- und Tonaufzeichnungen gab. Was war der Unterschied zu den anderen Sitzungen, wo geradezu aufdringlich auf das Verbot hingewiesen wurde?

Wer sich für ein öffentliches Amt (Gemeinde- / Beirat, Landtagsabgeordneter, Bundestagsabgeordneter) bewirbt, muss es dulden, dass Aufzeichnungen der Tätigkeiten erfolgen. Daher muss ich es z.B. dulden, dass ich während der Ausübung meines Amtes z.B. von der Antifa abgelichtet werde, und auf deren Seiten, wie bereits geschehen, „zur Schau gestellt werde“. So ist das nun mal mit Personen des öffentlichen Lebens.

Ich vermute, dass hinter dem Verbot in Walle die Angst der Ortsamtsleitung / anderer Beiratsmitglieder steckt, dass deren, mitunter antidemokratisches Verhalten dokumentiert werden könnte. Dass kann es nicht sein! Die Organe des Beirats müssen denen anderer Parlamente gleichgestellt sein.

* Eine unzulässige Änderung der Geschäftsordnung „zwischen durch“ ist meiner Meinung nach hier nicht nötig, da Aufzeichnungen parlamentarischer Arbeit, sogar durch Gäste, üblich sind.

Bremen, 27. März 2017

G. Höns

Gerald Höns (AfD-Büro Bremen-Walle, Grenzstraße 110 / www.afd-walle.de)

DIE LINKE. Im Beirat Walle
c/o Jörg Tapking, Geestemünder Str. 19, 28219 Bremen

Verteiler
per Mail

Jörg Tapking

Fraktionssprecher

Geestemünder Straße 19

0421-3909025

joerg.tapking@dielinke-bremen.de

www.dielinke-bremen-nordwest.de/

Bremen, den 15.10.2017

Grundstücke für Schulneubauten und Kitas in der Überseestadt reservieren.

Der Beirat Walle möge beschließen:

1. Der Beirat Walle fordert den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, die WFB - Wirtschaftsförderung Bremen und den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr auf, die Vermarktung der im städtischen besitzt befindlichen Flächen in der Überseestadt vorübergehend auszusetzen. Dabei soll es sich um bebaubare Flächen handeln, auf denen Schulbauten inklusive Sporthallen und Kitas entsprechend der Flächenstandards der Senatorin für Kinder und Bildung errichtet werden können.
2. Zugleich fordert der Beirat Walle die Senatorin für Kinder und Bildung auf, infrage kommende Grundstücke auch für den Bau einer Oberschule zu reservieren. Dieses mindestens bis zum Vorliegen einer belastbaren Prognose zur Entwicklung der SchülerInnenzahl bzw. des Bedarfs an Kita-Plätzen.

Begründung:

Die Überseestadt wächst rasant. Nach aktuellen Prognosen werden dort 7000 bis 11.000 Menschen ein neues zu Hause finden. Es ist davon auszugehen, dass darunter eine hohe Zahl schulpflichtiger Kinder ist und dass auch der Bedarf an Kita-Plätzen steigen wird.

Neben der Überseestadt werden auch an anderen Stellen im Stadtteil Walle neue Flächen für den Wohnungsbau erschlossen und es ziehen weiterhin junge Familien nach Walle. Gleichzeitig ist seit 2013 eine anwachsende Geburtenrate zu verzeichnen.

Für die Stadtgemeinde Bremen prognostiziert die Behörde für Kinder und Bildung im Verlauf der kommenden 10 Jahren einen Mehrbedarf von 134 Grundschulklassen (entspricht 8-9 vierzügigen Grundschulen) und den Bedarf für 138 zusätzliche Klassenverbänden an Oberschulen (entspricht annähernd 6 neuen vierzügigen Oberschulen). Dieser Bedarf wird im Stadtteil Walle angesichts der regen Bautätigkeiten in relation sicher höher ausfallen.

Eine Prognose von Eltern Bremen West weist darauf hin, dass für die Stadtteile Walle und Gröpelingen in den nächsten 10 Jahren ein zusätzlicher Bedarf von mindestens 8 Oberschul-Klassenverbänden pro Jahrgang besteht, also 2 vierzügige Oberschulen.

Während es in den Planungen für Grundschulen erste Bewegungen gibt (Ausbau der GS Nordstr. zu einer vierzügigen Schule. Vorplanung für eine neue Grundschule in der Überseestadt) bleibt die Frage nach den Oberschulen ausgeblendet.

Vor dem Hintergrund der bereits jetzt schon defizitären Lehr- und Lernbedingungen lehnt es der Beirat Walle ab, die bestehenden Oberschulen 5- oder gar 6-zügig aufzustocken.

Zum Neubau einer dritten Oberschule im Stadtteil Walle gibt es daher keine verantwortbare Alternative!

Geeignete Flächen sind im Stadtteil Walle nur noch in der Überseestadt vorhanden. Diese werden aber, wie die Rückantwort der WFB auf das Auskunftersuchen vom Juli 2017 zeigt, immer knapper. Ein weiterer Ausverkauf geeigneter Flächen würde eine verantwortbare Reaktion auf den steigenden Schul- und Kitaplatzbedarf unmöglich machen.

Der Beirat Walle hält es deshalb für dringend geboten, den Verkauf von Schul- und Kitabau-geeigneten Flächen so lange auszusetzen, bis eine belastbare Prognose über die Schülerinnenzahl und den Bedarf an Kitaplätzen vorliegt und die daraus resultierenden Konsequenzen für die Standortplanung gezogen worden sind.

Ingo Lenz, Jörg Tapking und Fraktion DIE LINKE